

Berliner Erklärung

*Tagung der Integrationspolitischen Sprecher von CDU/CSU
6./7. Dezember 2024, Berlin*

In den vergangenen beiden Jahren haben deutlich mehr Menschen einen Asylantrag in Deutschland gestellt als in den Jahren zuvor. In der Summe liegt die Zahl für 2022 und 2023 bei ca. 600 000 Personen. Hinzu kamen seit Februar 2022 1,2 Millionen Ukrainer, die in Deutschland als Kriegsflüchtlinge registriert wurden.

Diese Entwicklung stellt Bund, Länder und insbesondere die Kommunen vor große Herausforderungen. Die Kapazitäten für Unterbringung und Integration sind überlastet. Gleichzeitig sind die öffentlichen Haushalte unter Spardruck. Echte Integration kann so nicht gelingen.

Fluchtmigration steuern und begrenzen

Die künftige Bundesregierung muss das tun, was die Ampel nicht geschafft hat: Echte Reformen, die die Zahl aussichtsloser Asylanträge nach unten bringen. Derzeit profitieren jene vom Asylsystem, die es auf Grund ihrer finanziellen Ressourcen und körperlichen Stärke bis nach Deutschland schaffen – oft unter großen Gefahren. Statt ausgewogen auch Älteren, Kindern oder Kranken zu helfen, nehmen wir mehrheitlich junge Männer auf. Wer es einmal nach Deutschland geschafft hat, bleibt bislang sehr wahrscheinlich hier – unabhängig davon, ob ein Schutzstatus erteilt wurde. Die unkontrollierte Migration muss beendet, Schutz und Asylverfahren müssen in der Nähe der Heimatstaaten stattfinden und geregelte Wege nach Europa müssen gestärkt werden.

Bessere Daten, gezieltere Verteilung in Deutschland

Wir wollen, dass Geflüchtete mit guter Bleibeperspektive möglichst schnell finanziell auf eigenen Füßen stehen und auch gesellschaftlich integriert werden. Daher sollten Bildungsstand und berufliche Qualifikationen mit dem Asylantrag erhoben und möglichst bei der Verteilung auf die Kommunen mit Blick auf die dortigen Unterbringungs-, Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten berücksichtigt werden.

Spracherwerb verbessern

Die Integrationskurse, die vom Bund finanziert und vom BAMF umgesetzt werden, müssen besser werden. Zu viele Personen brechen die Kurse ab oder erreichen das Lernziel nicht. Die Kurse und Träger müssen evaluiert und die Finanzierung auskömmlich gestaltet werden. Außerdem braucht es für unterschiedliche Zielgruppen ausdifferenzierte Kurse. Wenn eine Person mit Hochschulabschluss und jemand mit vier Jahren Grundschulbildung in demselben Kurs sitzen, lernen sehr wahrscheinlich beide nichts. Es muss Kurse für Menschen mit hoher und niedriger Vorbildung geben, berufsbegleitende Kurse an den Tagesrandzeiten und Schnelllernkurse in Vollzeit ebenso wie Elternkurse mit Kinderbetreuung. Außerdem sollte mehr arbeitsweltbezogene Sprache in den Integrationskursen vermittelt und das Angebot an Berufssprachkursen weiterentwickelt werden. Wenn jemand einem Kurs ohne nachvollziehbare Begründung zu oft fernbleibt und deshalb die Prüfung nicht schafft, muss das in jedem Fall spürbare Konsequenzen nach sich ziehen.

Die Integrationskurse sind aber mehr als Spracherwerb. Sie enthalten auch den Orientierungskurs zu Kultur, Gesellschaft und Politik in Deutschland. Die Stunden im Orientierungskurs sollten aufgestockt werden.

Arbeitsmarktintegration beschleunigen

Die zügige Integration in den Arbeitsmarkt ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben. Bisher hat Deutschland auf ein Nacheinander von Spracherwerb, (Anpassungs-) Qualifizierung und schließlich Aufnahme einer Arbeit gesetzt. Das ist zu starr und dauert zu lange. Der Job-Turbo der Ampelregierung hat hier leider auch keine nachhaltigen Verbesserungen gebracht. Für Geflüchtete mit guter Bleibeaussicht muss die Möglichkeit eine Arbeit aufnehmen zu können, beschleunigt werden. Nach

dem ersten Jahr soll auf die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zur Arbeitserlaubnis verzichtet werden.

Spracherwerb, Bildung und Arbeitsmarktintegration müssen in flexiblen Modellen auch parallel zueinander erfolgen können. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse muss deutlich beschleunigt werden. Auch Teilqualifikationen sollten anerkannt werden.

Ausbildung stärken

Wir müssen vermeiden, dass junge Menschen, die nicht mehr schulpflichtig sind und denen gleichzeitig die Voraussetzungen für eine Ausbildung fehlen, durch's Netz fallen. Das betrifft viele, die als Flüchtlinge im Jugend- oder jungen Erwachsenenalter nach Deutschland kommen, aber zum Teil auch über Agenturen angeworbene Auszubildende aus dem Ausland.

Für erstere müssen ausbildungsvorbereitende Maßnahmen wieder gestärkt werden, wie sie im Zuge der Flüchtlingskrise 2015/2016 erfolgreich eingesetzt worden waren. Für letztere müssen durch den deutschen Staat Spracherwerb und Informationen über das Leben und Arbeiten in Deutschland in den Herkunftsländern angeboten werden. Dies darf nicht unseriösen Anbietern überlassen bleiben. Auf einer White List sollen seriöse Agenturen für die Vermittlung von Auszubildenden und Arbeitskräften gesammelt werden, bei denen sichergestellt ist, dass zertifizierte Sprachkenntnisse tatsächlich vorliegen.

Werte und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Grundlage einer Einwanderungsgesellschaft ist eine gemeinsame Basis, zu der sich alle bekennen. Demokratie, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Religionsfreiheit, der Schutz jüdischen Lebens und Toleranz gegenüber LGBTIQ gehören für uns zu dieser gemeinsamen Basis. Diese verteidigen wir gegen Angriffe von jedweder Seite, denn die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar. Verstöße müssen auch aufenthaltsrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen können.

Staatliche Gelder sollten nur an Institutionen und Akteure vergeben werden, die die gemeinsame Basis respektieren und stärken. Dazu setzen wir uns für Demokratiekláuseln ein, mit denen sich Zuwendungsempfänger zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und der IHRA-Definition von Antisemitismus bekennen. Wir wollen keine internationalen Konflikte auf deutschen Straßen. Die Bildungs- und Community-Arbeit, um solchen Konflikten frühzeitig zu begegnen, muss intensiviert werden.

Leitkultur

Wir stehen für ein weltoffenes, tolerantes Deutschland, das Menschen, die des Schutzes bedürfen, hilft. Wir stehen aber auch für eine Migrations- und Integrationspolitik, die die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unseres Landes berücksichtigt, um auf lange Sicht den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unseren Gemeinden zu erhalten. Von Zuwanderern und Flüchtlingen erwarten wir mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, dass sie die deutsche Sprache erlernen, die Gesetze achten, die freiheitlich demokratische Grundordnung und die politische Kultur akzeptieren, sowie alles dafür tun, um wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen und bereit sind, sich auch für andere, für das Gemeinwohl zu engagieren. Das sind die Werte, für die Deutschland in der Welt steht, die unsere Gesellschaft so stark machen und zu denen wir einladen.